



öffentlich nicht öffentlich

Düsseldorf, 30.06.2025

An
Oberbürgermeister Dr. Stephan Keller
Vorsitzender des Rates
der Landeshauptstadt Düsseldorf

**Antrag der SPD-Ratsfraktion
zur Sitzung des Rates der Landeshauptstadt Düsseldorf am 10.07.2025**

Betrifft:

Antrag der SPD-Ratsfraktion: Bürokratische Hürden abbauen – wirtschaftliche Entwicklung in Düsseldorf stärken

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die SPD-Ratsfraktion bittet Sie, diesen Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Rates der Landeshauptstadt Düsseldorf am 10. Juli 2025 zu nehmen und zur Abstimmung zu bringen.

Antrag:

Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf beauftragt die Verwaltung, bis Ende 2025 jene bürokratischen Hürden zu identifizieren, die Investitionen, Betriebsansiedlungen und bauliche Entwicklungsvorhaben in der Stadt verzögern oder erschweren.

Hierzu ist eine Arbeitsgruppe unter Beteiligung der Industrie- und Handelskammer, der Handwerkskammer und des Deutschen Gewerkschaftsbundes Düsseldorf einzurichten.

Ziel ist es,

- **konkrete Verfahrens- und Abstimmungsprobleme zu benennen,**
- **praxisnahe Handlungsempfehlungen zu entwickeln und**
- **die Grundlagen für einen rechtssicheren, zielgerichteten Abbau der identifizierten Hürden zu erarbeiten.**

Die Ergebnisse sollen als Grundlage für anschließende Vereinfachungen von Verfahren in den zuständigen Fachbereichen der Verwaltung dienen.

Darüber hinaus wird die Verwaltung gebeten, in einem gesonderten Bericht darzulegen, welche strukturellen Hemmnisse sich aus geltendem Bundes-, Landes- oder EU-Recht ergeben und welche Änderungen aus Sicht der Verwaltung zur Entlastung erforderlich wären.

Die Verwaltung wird gebeten, sich über geeignete kommunale Gremien – insbesondere den Deutschen Städtetag – aktiv für den Abbau der von der Arbeitsgruppe identifizierten Bürokratiehemmnisse auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene einzusetzen.

Begründung:

Verlässliche Genehmigungsverfahren und effiziente Abläufe in der Verwaltung sind entscheidende Standortfaktoren. Gerade im Bereich von Investitions-, Bau- oder Ansiedlungsvorhaben kommt es regelmäßig zu Verzögerungen durch lange Bearbeitungszeiten, komplexe Zuständigkeiten und formale Anforderungen. Ziel muss daher sein, dass bürokratische Prozesse die wirtschaftliche Entwicklung nicht behindern, sondern effizient und rechtssicher begleiten.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Sabrina Proschmann

Markus Raub